

Rußland und die Europäische Union

gemeinsam ökonomisch-ökologische Sicherheit schaffen

Detlef Bimboes und Joachim Spangenberg

Der Weg in die solare Moderne ist, wie wir in den Ausgaben 277 bis 279 der NRhZ aufgezeigt haben, nicht nur machbar und aus ökologischen Gründen sinnvoll, er ist auch als Vorsorge gegen Instabilität durch Ressourcenmangel und daraus resultierende Konflikte notwendig. Bei beidem, Konfliktvermeidung wie Ressourcensicherung, spielt das Verhältnis der EU zu ihren östlichen Nachbarn, insbesondere zu Rußland, eine entscheidende Rolle. In diesem Papier analysieren wir den *status quo*, die dahinter stehenden Interessen und Trends, und zeigen Möglichkeiten einer gemeinsamen Problembewältigung auf.

1. Zu den Ursachen der Konflikte zwischen Russland und der EU

Will man das schwierige Verhältnis zwischen Russland und der EU, aber auch den USA besser verstehen, so sollte man noch einmal seinen Blick auf den KSZE-Prozess aus den siebziger Jahren richten, der zu Zeiten der bipolaren Weltordnung wichtige Zeichen für Zusammenarbeit und Verständigung setzte, die dann in den Turbulenzen des Untergangs der Staatengemeinschaft des Warschauer Vertrags an Bedeutung verloren. In der Folgezeit wurde dann der Übergang zu einer Strategie von Einmischung, Eindämmung und Einkreisung gegenüber Russland eingeleitet. Allerdings tauchte der KSZE-Prozess an anderer Stelle noch einmal auf. So hat die EU mit den Mittelmeeranrainerstaaten im Jahre 1995 eine „strategische Partnerschaft“ - auch „Barcelona-Prozess“ genannt und seit 2008 in eine „Union für das Mittelmeer“ umgewandelt - vereinbart, die in Analogie zum KSZE-Prozess die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Entwicklung, u.a. Tourismus, Verkehrs- und Energiepolitik beinhaltet. Oberstes Ziel ist es, einen gemeinsamen Raum für Frieden, Stabilität und gemeinsamen Wohlstand im Mittelmeerbecken zu schaffen. Wenn auch die Realität inzwischen die Vertragsabsichten streckenweise – wie seit langem die Flüchtlingspolitik im Mittelmeerraum oder jüngst die blutigen Unruhen im machstaatlich und autoritär regierten Tunesien zeigen - untergräbt, so bleibt doch festzuhalten, dass sich die EU mit Blick auf Russland und weitere östliche Nachbarn für eine andere Strategie entschieden und einen solchen Vertrag nicht abgeschlossen hat, obwohl gerade die KSZE_Schlussakte von Helsinki dafür eine gute Grundlage geboten hätte. Sie war ja damals nicht nur von den Staaten des Warschauer Pakts angeregt, mit ausgehandelt und schlussendlich unterzeichnet, sondern sogar noch – soweit ersichtlich - von allen Nachfolgestaaten des auseinander gebrochenen Vertrags unterschrieben und damit bekräftigt worden. Auch hier wäre mit den nun an die EU grenzenden Staaten eine Kooperation zum gegenseitigen Vorteil längerfristig viel versprechend und plausibel. Immerhin deckt die EU ca. 20 Prozent ihres Bedarfs an Erdöl und ca. 45 Prozent ihres Bedarfs an Erdgas allein aus Russland. Demgegenüber importiert sie viel weniger aus Nordafrika. Libyen liefert ca. 10 Prozent des Bedarfs an Rohöl (2007) und Algerien ca. 16 Prozent des Bedarfs an Erdgas (2007).

Und schließlich haben die GUS-Wirtschaftsgemeinschaft - bestehend aus Russland, der Ukraine, Weißrussland und Kasachstan - und die Europäische Union mit den drei führenden Ländern Frankreich, Deutschland und Italien weitaus mehr konvergierende Eigeninteressen als strategische Differenzen. Alle Staaten beider Wirtschaftsgemeinschaften können nur jenseits des Militärischen in der zivilen politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit gewinnen. Die Gründe, weshalb es zu solch einem Vertrag nicht kam, können überwiegend nicht Russland angelastet werden. Nach dem turbulenten Zusammenbruch der Staatengemeinschaft des Warschauer Vertrags wurde seitens der USA, aber auch dem Kreis alter und neuer europäischer Eliten rasch nach Mitteln und Wegen gesucht, Russlands Aufstieg zu einem neuerlichen wirtschaftlichen und politischen Machtfaktor auf dem eurasischen Kontinent entweder zu verhindern oder wenn doch, dann möglichst klein zu halten. Im Rahmen dieser Strategie des Einkreisens, Aufmischens und Eindämmens Russlands werden zugleich Differenzen zwischen der EU, einzelnen Mitgliedstaaten und den USA sichtbar. Sie sind wichtig, um Unterschiedlichkeiten und Gemeinsamkeiten besser herausarbeiten zu können. So ist die Europäische Kommission ein inzwischen großer, zunehmend global handelnder Akteur auf der politischen und wirtschaftlichen Bühne geworden. Unterschiedliche politische Facetten im Kräfteparallelogramm können aber nicht verbergen, dass sie durch den Neuzutritt vieler osteuropäischer Staaten „östlicher“ geworden ist, was seinen Ausdruck in einem schwierigeren Verhältnis gegenüber Russland gefunden hat, woran insbesondere auch das Europäische Parlament seinen Anteil hat. Zugleich werden viele ihrer Entscheidungen immer noch maßgeblich von den drei führenden Ländern Frankreich, Deutschland und Italien und ihren Interessenlagen bestimmt. Parallel dazu verfügen die einzelnen Mitgliedstaaten in wichtigen politischen und wirtschaftlichen Fragen, wie denen im Energiebereich, weiterhin über große, eigene Gestaltungsmöglichkeiten. Deshalb ist die Gemeinschaftspolitik häufig von Differenzen und Widersprüchen auf einzelstaatlicher Ebene begleitet, wobei zugleich europäische und einzelstaatliche Wirtschafts- und Konzerninteressen in Widerspruch zu politischen und wirtschaftlichen Interessen außereuropäischer Akteure wie den USA geraten können. Deren nationale Gesamtstrategie des Einkreisens und Eindämmens fügt sich in das unipolare Konzept einer Hegemonialordnung ein, wie es von Zbigniew Brzezinski in seinem Buch „Die einzige Weltmacht“ entwickelt wird. Um diese Strategie durchzusetzen, wird dafür – beschränkt sich der Blick auf die EU - sowohl nach Gemeinsamkeiten auf EU-Ebene und, wo immer erforderlich, auch auf einzelstaatlicher Ebene nach Bündnispartnern gesucht. Ein wichtiges Element dieser Strategie ist, alles abzuwehren, was den Einfluss der USA in Europa schwächen und ein starkes, bestimmendes Russland auf dem eurasischen Kontinent begünstigen könnte. Deutlich wurden die Differenzen beispielsweise in den weiter unten dargelegten Streitigkeiten im Bereich der Energieversorgung. So wurde auf der NATO-Sicherheitstagung 2007 in München für eine sichere Energieversorgung das aggressive Konzept einer „Energie-NATO“ vor allem von Polen und den USA gefordert. Dagegen stand das mehr auf Kooperation basierende Konzept einer „Energie-KSZE“, für das der damalige SPD-Außenminister Steinmeier warb und wofür sich auch Gasprom verwendete.

Nimmt man alles zusammen, dann lassen sich vor allem folgende Gründe nennen, weshalb bislang solch ein Vertrag nicht zustande kam:

- Eine fundamentale Änderung von Selbstverständnis, Ausrichtung und Strategie der NATO nach der Auflösung des Warschauer Vertrags 1990/91 und damit des ursprüng-

lich auf Verteidigung ausgelegten Militärbündnisses. Die veränderten Zielsetzungen ließen an Stelle militärischer Bedrohung neue Arten von Bedrohungen und Risiken - wie die einer gestörten Energie- und Rohstoffversorgung - treten und die eine Aufrechterhaltung des militärisch-industriellen Komplexes rechtfertigen. Die Mitgliedstaaten der NATO rüsteten weiter auf mit neuen und bedrohlichen Waffensystemen. Besondere Bedeutung kam in diesem Kontext der ausgedehnten Osterweiterung der NATO sowie dem von ihr gestützten Raketenabwehrschild zu. Russland fühlte und fühlt sich von diesen Entwicklungen bedroht;

- Die teilweise erfolgreiche Strategie der USA, die Öl- und Gasressourcen in der kaspischen Region, dem „Filetstück“ des „eurasischen Balkan“ wie es Brzezinski formulierte, unter ihre Kontrolle zu bringen und Russland aus seinem ehemals „weichen Unterleib“ zu verdrängen und damit von Zentralasien, vom Süd-Kaukasus und dem Iran zu trennen. Eine tragende Säule dafür sind die Pipelines Baku-Tiflis-Erzurum (Erdgas) und Baku-Tiflis-Ceyhan (Erdöl) mit Georgien als politischem Anker der USA im Südkaukasus;
- Milliarden schwere Anstrengungen der EU, um einen stabilen euroasiatischen Transportkorridor zu schaffen, der Russland umgeht und vom Kaspischen Meer über Aserbeidschan, Georgien und den Balkan nach Westeuropa führt. Er soll vor allem für eine Diversifizierung von Bezugsquellen für Öl und Gas aus der Kaspischen Region sorgen und die EU unabhängiger von russischen Lieferungen machen;
- Der Beginn zunehmend härter geführter strategischer Auseinandersetzungen ab dem Jahr 2000 über die Art und Weise der Zusammenarbeit mit Russland im Bereich der Energieversorgung. Dieser Zeitpunkt markiert die Proklamation einer weitreichenden Energiepartnerschaft EU-Russland durch den ehemaligen EU-Kommissionspräsidenten Prodi. Dies löste tiefgreifende Auseinandersetzungen zwischen euroatlantischen, mit den USA fest verbündeten Kräften aus und jenen, die vor dem Hintergrund der auf weite Strecken von Krisen und schrecklichen Kriegen begleiteten Geschichte West- und Nordeuropas (siehe Schweden, Frankreich, England und Deutschland) mit Russland auf langfristige politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Ausgleich und wechselseitigen Vorteil setzen;
- Forderungen der EU nach einer Reform der russischen Öl- und Gasindustrie und deren Liberalisierung und Privatisierung. Sie spiegeln den Wunsch der Energiewirtschaft wider, die russischen Energieressourcen nicht nur zu nutzen, sondern auch zu besitzen und so die Kontrolle über die Preise zu erlangen. Der Schlüssel dafür ist der Energie-Charta-Vertrag, den etliche Staaten der Kaspischen Region bereits unterzeichnet haben, nicht jedoch Russland und die USA. Er verpflichtet die Unterzeichner auf die Privatisierung der Ressourcenvorräte wie der Transitwege, sowie auf die freie Transferierbarkeit der in einem Land erwirtschafteten Gewinne;
- Der Beginn harter Auseinandersetzungen im Bereich der Energieversorgung ab der zweiten Hälfte des letzten Jahrzehnts über die Höhe von Transitgebühren, Lieferbe-

dingungen und offenen Rechnungen zwischen Russland und der Ukraine (Erdgas) sowie Weißrussland (Erdgas, Erdöl). Rußland kündigte die aus der Sowjetära stammenden Vorzugsbedingungen und verlangte – wie auch von der EU-gesponserten Energiecharta vorgesehen – Weltmarktpreise, was den Westen zu wenig glaubwürdigen Protesten veranlasste. Zeitweilig führte der von der Ukraine mit zu verantwortende Streit (Jahreswende 2005/2006, 2007/2008 und 2008/2009) zu Unterbrechungen der Erdgasversorgung nach Westeuropa und löste vor allem Versorgungsengpässe in südosteuropäischen Ländern aus. Von politischen Beobachtern wurde nicht ausgeschlossen, dass der Gasstreit von der Ukraine dafür ausgenutzt werden sollte, die Bevölkerung von einem raschen Nato-Beitritt zu überzeugen. Entsprechende Streitigkeiten zwischen Weißrussland und Russland für Erdgas (12/2006 und 06/2010) hatten auf die Erdgasversorgung Westeuropas keinen nennenswerten Einfluss, lediglich Litauen war davon 2010 stärker betroffen. Der mehrtägige Lieferstopp für Erdöl im Januar 2007 durch den russischen Konzern Transneft entzündete sich an Zollstreitigkeiten. Er führte dazu, dass über die Drushba-Pipeline kein Erdöl mehr Westeuropa erreichte, was aber keine unmittelbaren Engpässe in Westeuropa auslöste. Zu Beginn des Jahres 2010 wurden erneute Zollstreitigkeiten durch ein neues Öl-Abkommen zwischen beiden Ländern beigelegt. Insgesamt führten diese Ereignisse in der EU und insbesondere in den baltischen Staaten und Polen zu großenteils hysterischen Reaktionen in Politik und Medien, die vor allem historisch tief sitzende, antirussische Ressentiments bedienten als der tatsächlichen Problematik angemessen waren;

- Die zunehmende Bedeutungslosigkeit der OSZE als politischer Plattform für eine notwendige gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung, wofür hauptsächlich die EU und USA verantwortlich zu machen sind. Die EU und die USA wollen die OSZE vor allem auf mehr Engagement für Demokratie und Menschenrechte verpflichten und sie in Fragen der Sicherheitspolitik möglichst auf rein regionales Konfliktmanagement beschränken. Themen wie Rüstungskontrolle, gemeinsame Sicherheit und politische Kooperation sollen nicht mehr in diesem Rahmen behandelt werden. Beide wollen vermeiden, dass die OSZE Kompetenzen der NATO übernimmt und diese, was richtig und sinnvoll wäre, langfristig überflüssig macht. Die Gipfelkonferenz von Anfang Dezember 2010 in Astana/Kasachstan bestätigte erneut diese, dem ursprünglichen Auftrag der OSZE zuwiderlaufende Politik;
- Militärische Auseinandersetzungen zwischen Georgien und Russland im August 2008 wegen Süd-Ossetien. Der seit langem anhaltende Versuch Georgiens - das militärisch enge Verbindungen zur NATO hält - scheiterte, die abtrünnige Provinz nun gewaltsam in den georgischen Staatsverband zu integrieren. Russland machte klar, dass es nicht bereit war, weiteren Geländegewinn für die NATO hinzunehmen und dass der Status quo von Süd-Ossetien einseitig geändert wird;
- Die politische und mediale Instrumentalisierung von Menschenrechtsfragen, Demokratiedefiziten, autoritärer Innenpolitik etc. insbesondere in Russland, aber auch in zentralasiatischen Staaten.

2. Russlands Antworten auf die Politik von EU, USA und NATO

Russlands Antwort auf diese Politik der Einkreisung, Einmischung und Eindämmung sowie innen- und wirtschaftspolitischen Einflussnahme stellt sich in wichtigen Punkten wie folgt dar:

- Im asiatischen Teil des eurasischen Kontinents ist sicherheitspolitisch die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) gestärkt und ausgebaut worden. Der SOZ gehören Russland, China, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan an. Beobachterstatus haben die Mongolei, Indien, Pakistan und Iran. Dialog-Partner sind u. a. die ASEAN- und GUS-Staatengemeinschaft;
- Der Ausbau der sicherheitspolitischen Beziehungen wurde wirtschafts- und energiepolitisch durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit China, Südkorea und Japan abgestützt, konkretisiert durch Pipeline-Planungen für die Belieferung mit Öl und Gas (Details siehe nächstes Kapitel).
- In Richtung Westeuropa wurde erstmals im Jahre 2008 - und 2009 dann konkretisiert - ein Vorschlag für einen euroatlantischen Sicherheitsvertrag unterbreitet. Kernforderung ist der Abschluss eines verbindlichen Sicherheitsvertrages, dem alle Staaten von „Vancouver bis Wladiwostok“ beitreten sollen, also auch die USA und Kanada plus die „internationalen Strukturen“ in diesem Raum, d.h. NATO, EU, OSZE, GUS und OVKS. Als Kernprinzip ist das der „unteilbaren Sicherheit“ formuliert worden und im Falle eines bewaffneten Angriffs ein kollektiver Beistandspakt vorgesehen. Die Hauptstoßrichtung des russischen Vorschlags lautet: die gegenwärtigen Ungleichgewichte im europäischen Sicherheitssystem zu beseitigen, den politisch-militärischen Status quo in Europa einzufrieren und Russland eine entscheidende Stimme im Konzert der Mächte zu verleihen (Klein 2009, S. 2). Letztlich geht es um den Ausbau und die Reform der KSZE- und UN-Strukturen zu einer multinationalen Struktur, die zwar keine Alternative zur NATO darstellt, wohl aber deren Bedeutung im Vertragsgebiet deutlich relativieren würde. Es war von vornherein abzusehen, dass dieser Vorschlag von der EU, wichtigen Mitgliedstaaten und der NATO nicht aufgegriffen wird. Die Auswertung des ersten Gipfels der OSZE, deren Vorgänger die KSZE war, nach elf Jahren von Anfang Dezember 2010, zeigt das. Russland erhielt keine verbindlichen Zusagen über die prinzipielle Neugestaltung der europäischen Sicherheitslandschaft. Über weite Strecken beherrschten der Georgien-Konflikt und dessen Folgen die Debatte und offenbarten die tiefe Identitätskrise der OSZE. Ganz im Geiste der alten Blockmentalitäten wurden zudem Demokratiedefizite und Menschenrechtsverletzungen in Russland und anderen ehemaligen Sowjetrepubliken Zentralasiens angeprangert, was inzwischen von den Betroffenen mit Forderungen nach einer Reform der Statuten beantwortet wurde, mit der der Tätigkeit von OSZE-Wahlbeobachtern und der Mitarbeit nichtstaatlicher Organisationen Grenzen gesetzt werden sollen (Wolkowa 2010). Gerade mit Blick auf diesen Punkt ist auf andere europäische Erfahrungen und Vorgehensweisen hinzuweisen. Sie lehren, dass humanitäre und institutionelle Fragen wie Menschenrechte, Tschetschenien, Presse-, Rechts- und Investitionssicherheit nur in Kooperation (die, wie im Europarat, durchaus Konflikte einschließen können), nicht aber in Konfrontation gelöst werden können. Vor diesem gesamten

Hintergrund scheiterte ein dringend notwendiger Aktionsplan zur Lösung internationaler Konflikte und zur OSZE-Reform.

- Russland steht dem im November 2010 in Lissabon verabschiedeten „Neuen Strategischen Konzept“ der NATO misstrauisch gegenüber. Das Konzept kann nicht losgelöst gesehen werden vom Übergang einer unipolaren zu einer multipolaren Weltordnung, die die globale Hegemonie der US-geführten euro-atlantischen Strukturen bedroht. Mit „euro-atlantischer Sicherheit“ ist nicht die Sicherheit des westeuropäischen und nordamerikanischen Territoriums gemeint, sondern die Sicherung materieller und strategischer Interessen jenseits der Bündnisgrenzen. Offerten an Russland finden sich sowohl im „Neuen Strategischen Konzept“ als auch in der „Gemeinsamen Erklärung des NATO-Russland-Rates“. Beide Dokumente sprechen von „strategischer Bedeutung“ der Kooperation und von einer „Kooperationsstufe hin zu einer wahren strategischen Partnerschaft“ (Neu 2010). Dieses Umdenken der NATO dürfte nicht zuletzt dem Streben Deutschlands, Frankreichs und einiger anderer starker EU-Staaten geschuldet sein, mit Russland zwecks einer langfristigen Sicherung der Energieversorgung eng zusammen zu arbeiten.
- Hinzu kommt, dass der Landweg – das sog. „Northern Distribution Network“ - über Russland, auf dem die NATO-Truppen in Afghanistan versorgt werden, durch die regelmäßigen Überfälle auf der Südroute durch Pakistan immer wichtiger wird. Wo liegen die Motive dafür, dass Russland mit den USA im Sommer 2009 einen solchen Transitvertrag abgeschlossen hat? Neben – so darf man vermuten - wirtschaftlichen Gründen (Transitgebühren, Verbesserungen der Infrastrukturen etc.) ist es wohl vor allem die Angst, dass die NATO den Krieg in Afghanistan verlieren und sich der Extremismus im Süden Russlands weiter festigen und ausbreiten könnte. Präsident Medwedew erklärte in letzter Zeit den Extremismus zum größten innenpolitischen Problem des Landes (Ehlers 2010). Dennoch ist der Transitvertrag als sehr problematisch zu bewerten, denn Russland wird damit letztlich immer tiefer in die gefährliche Politik der NATO-Staaten auf dem eurasischen Kontinent hineingezogen. Das ist gerade vor dem Hintergrund seiner autoritären und polizeistaatlichen Politik im Kaukasus problematisch, weil damit zusätzlich radikalen Islamisten Auftrieb gegeben wird. Im Übrigen kann der Landweg von den USA auch genutzt werden, ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluss innerhalb Russlands und Zentralasiens auszubauen. Entsprechendes hat der Oberkommandierende der afghanischen NATO-Truppen, US-General Petraeus, bereits geäußert.

Russland wird auch das Angebot der NATO zur Beteiligung am Raketenabwehrschild in Europa prüfen. Präsident Medwedew hatte die Ratifizierung des strategischen Abrüstungsvertrags START durch den US-Senat zur Grundlage des Neuanfangs in den Beziehungen zu den USA und NATO gemacht. Diese erfolgte im Dezember 2010, unmittelbar bevor sich durch die neue politische Mehrheit das „Window of Opportunity“ für Rüstungskontrollvereinbarungen wieder für einige Jahre schloss.

3. Energie und Politik

Russland hat daran festgehalten, dass Naturressourcen unter das „natürliche Monopol“ des Staates fallen, und nur unter der Präsidentschaft Boris Jelzins Nutzungslizenzen an Private, meist an Inländer vergeben, die so zu den viel zitierten „Oligarchen“ wurden. Heute setzt die russische Politik auf ein Primat der Politik, wie es von wichtigen Vordenkern auch für Deutschland und die EU gefordert wird (Umbach 2004). In diesem Sinne wurde in Russland von Putin zwar nicht die wirtschaftliche, wohl aber die politische Handlungsfreiheit der verbleibenden Oligarchen beschränkt (der Verkauf an einen ausländischen Konzern gilt dabei als politische Tat, da er die betreffende Firma dem Einfluss der Regierung entzieht) und das öffentliche Eigentum an den Naturressourcen betont. Investitionen, Lieferverträge und Pipelinebauten haben insofern einen Doppelcharakter als sowohl wirtschaftliche wie politische Maßnahmen. Wichtige Schritte Russlands waren und sind hier:

- Russland ist dem Verlangen westlicher Energiekonzerne nicht nachgekommen, die die russischen Energieressourcen nicht nur zu nutzen, sondern auch besitzen wollten (Joint Ventures sind aber nach wie vor möglich, solange eine russische Kapitalmehrheit besteht). Deshalb ist der Energie-Charta-Vertrag nie unterzeichnet worden und staatlicherseits wurde mit einem Erlass vom 30. Juli 2009 noch einmal bekräftigt, dass Russland nicht beabsichtigt, Vertragsstaat zu werden. Russland dürfte hieran wohl auch mit Blick auf den angekündigten, von der EU und den USA unterstützten WTO-Beitritt festhalten und sich dabei an China orientieren, das sich auch als WTO Mitglied das Recht vorbehalten hat, Getreide, Tabak, Brennstoffe und mineralische Rohstoffe ausschließlich staatlich zu handeln. Einer der Gründe für die Zurückweisung des Energie-Charta-Vertrags ist dass er die Einführung von „marktgerechten Energiepreisen“ verlangt hätte, was faktisch auf eine Freigabe der Energiepreise auf dem russischen Energiebinnenmarkt hinausgelaufen wäre. Bis heute werden mit den höheren Exportpreisen für Öl und Gas und den daraus resultierenden Einnahmen die niedrigen inländischen Gaspreise für Industrie und Bevölkerung subventioniert. Zugleich wären ansonsten die bescheidene Konsolidierung der russischen Staatsfinanzen und der bis 2008 anhaltende wirtschaftliche und soziale Aufschwung nicht möglich gewesen. Im Übrigen steht europäischen Investitionen (siehe unten) auch ohne die Deregulierung des russischen Energiebinnenmarkts nichts im Wege, wie beispielsweise die erfolgreichen Investitionen der Firma Ruhrgas – unabhängig vom Engagement bei Gazprom - in einer Größenordnung von 10 Milliarden Euro zeigen. Außerdem hat Russland, wie Vergangenheit und Gegenwart zeigen, seine Lieferverträge mit EU-Staaten stets korrekt eingehalten. Dafür, dass dies so bleibt, und dass dabei auch Umweltprobleme mit behandelt werden können, spricht die Tatsache, dass Russland seit den 1990er Jahren recht kontinuierlich an Prozessen wie „Environment for Europe“ mitgewirkt hat. Dieses Engagement wurzelt im Entspannungsprozess der 1970er Jahre (Oldfield, Trickle 2002), denn bereits das Helsinki-Abkommen von 1976 enthielt im „Korb 2“ Vereinbarungen zur Kooperation in Umweltfragen (Spangenberg 1986).
- Zur Energieversorgung wurden zahlreiche Pipelineprojekte in Richtung Asien angeschoben und Lieferverträge für Erdöl und Erdgas abgeschlossen. Asien wird zunehmend zum Konkurrenten für Europa. Darauf deuten nicht nur die bereits abgeschlos-

senen Lieferverträge mit China, Japan und Südkorea hin, sondern auch die derzeit in Richtung Asien projektierten russischen Gaspipelines. Wenn sie fertiggestellt sind, haben sie eine Kapazität von 140 Milliarden Kubikmeter. Nach Westeuropa liefert Gasprom derzeit 150 Milliarden Kubikmeter Erdgas. Außerdem ist zwischen Russland und China mit dem Bau einer Ölpipeline begonnen worden. Ab 2011 sollen jährlich 15 Millionen Tonnen Öl von sibirischen Ölfeldern nach China fließen.

In Zentralasien besitzt Russland durch sein Monopol über die regionale Pipelineinfrastruktur erheblichen Einfluss. So kontrolliert die russische Staatsholding Transneft 80 Prozent des kasachischen Öltransports und derzeit ist Turkmenistan noch Hauptlieferant Russlands für Erdgas. Mit dem Bau einer neuen Gaspipeline von Turkmenistan über Usbekistan und Kasachstan nach China bis 2013 sowie 2 Pipelineprojekten mit dem Iran versucht Turkmenistan, sich aus der Abhängigkeit von Russland zu befreien (Meister, 2010).

- Zur Energieversorgung in Richtung Europa wurden neben dem bestehenden Pipelinesystem eine Reihe zusätzlicher Pipelineprojekte angeschoben, Lieferverträge abgeschlossen sowie weitere Maßnahmen für einen sicheren Transport getroffen. In **Nord-europa** sind drei Projekte von Bedeutung: die Ostseepipeline (Gas) - auch North-Stream-Pipeline genannt - mit dem ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder im Aufsichtsrat, das Baltische Pipelinesystem (Öl) und die kommende Ausbeutung der Erdgasvorräte in der Barentssee.

Mit dem Bau der **Ostseepipeline** (Gas) ist begonnen worden. Das **Baltische Pipelinesystem** ist fertiggestellt. Dessen Öl wird vom russischen Ostseehafen Primorsk aus verschifft, einer der größten Quellen für die Meeresverschmutzung der Ostsee. In beiden Fällen sind oder werden damit direkte und von der Ukraine, Polen und Weißrussland nicht mehr zu störende Verbindungen zum europäischen Absatzmarkt geschaffen. Der Hebel Transitgebühren kann so von ehemaligen Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts nicht mehr als politische und wirtschaftliche Waffe gegen Russland eingesetzt werden. Seit 2009 haben die EU und Russland ein Energie-Frühwarnsystem vereinbart, das für den Fall von Versorgungsstörungen in den Bereichen Öl, Gas und Elektrizität den Austausch von Informationen und Beratungen festlegt. Im Oktober 2010 hat der staatliche Ölkonzern Rosneft 50 Prozent an der Ruhr Öl GmbH übernommen und ist nunmehr an drei Raffineriebetrieben (Bayern Oil, MiRO Karlsruhe und PCK Schwedt) in Deutschland beteiligt sowie Alleineigentümer der Raffinerie Gelsenkirchen-Scholven. Der Raffineriestandort Schwedt ist gleichzeitig Endpunkt der Drushba-Ölpipeline, die mit Öl aus Russland versorgt wird und deren Betrieb durch Weißrussland gestört wurde. Durch diese „downstream“ Investitionen steigt das ökonomische Eigeninteresse Russlands an einer ungestörten Rohstoffversorgung Europas deutlich an; sie stabilisieren so die Energieversorgung (das gilt auch für von russischen Firmen betriebene Tankstellennetze in Westeuropa).

In der **Barentssee** haben sich nach 40 jährigen Verhandlungen Norwegen – weltweit drittgrößter Erdgas- und Erdölproduzent – und Russland im September 2010 vertraglich über die Grenzziehung am Schelf geeinigt und können nun die beiderseits des

Grenzverlaufs entdeckten Erdgasvorkommen ausbeuten. Die weit auf russischem Gebiet liegenden Vorkommen – die sog. Stockmannfelder – sind womöglich die größten, weltweit neu entdeckten Erdgasreserven mit geschätzten 3,7 Billionen Kubikmetern und sollen russischen Vorstellungen nach bislang vorzugsweise der EU zukommen, ein Teil davon über die Ostseepipeline. Für die Erschließung der Stockmannfelder ist ein Konsortium aus den Konzernen Gazprom, Statoil (Norwegen) und Total (Frankreich) gebildet worden. Für Statoil ist eine Beteiligung an der Ausbeutung der Stockmannfelder von großer Bedeutung, können damit doch zusätzliche Gasreserven erschlossen werden. Vor diesem Hintergrund hat Norwegen das geplante US-Raketenabwehrsystem immer abgelehnt (Bimboes, 2007).

In **Südosteuropa** ist für Russland ein russisch-italienisches Pipelineprojekt – die sog. **South-Stream-Pipeline** – von strategischer Bedeutung. Sie ist die Antwort auf das von der EU unterstützte, prestigereiche Nabucco-Pipelineprojekt, dem der ehemalige Außenminister Joschka Fischer als Berater und Werbeträger dient. Es soll vor allem Südosteuropa mit Gas versorgen und unabhängiger von Russland machen. Das Projekt befindet sich aber noch im Planungsstadium und bislang fehlen auch noch verbindliche Lieferzusagen aus dem kaspischen Raum für die Auslastung. Bemerkenswert ist, dass es Gazprom inzwischen gelungen ist, an seinem South-Stream-Pipeline Projekt auch verschiedene Nabucco-Anteilseigner zu beteiligen. Experten bezweifeln, ob beide Pipelines gleichzeitig wirtschaftlich betrieben werden können (EurActiv, 2010).

4. Die globale Krise bringt Bewegung in das schwierige Verhältnis

Vor dem Hintergrund der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ist mittlerweile das Verhältnis zwischen Russland und der EU aufgrund der entstandenen wirtschaftlichen Schief lagen in Bewegung geraten. Sowohl auf russischer als auch auf europäischer Seite ist das Interesse an wirtschaftlicher Zusammenarbeit gewachsen. Schließlich ist die EU der wichtigste Handelspartner Russlands. 2009 gingen über 50 Prozent der russischen Exporte in die EU. Umgekehrt ist die EU der wichtigste Investor in Russland: über 75 Prozent der Direktinvestitionen stammen aus den Mitgliedstaaten der Union. Besonders wichtig sind für beide Seiten die Handelsbeziehungen im Energiebereich. Die weltweite Krise und in ihrem Gefolge der Kollaps der russischen Importe hat zu einem drastischen Anstieg des Handelsbilanzdefizits der EU mit Russland geführt: von 41 Mrd. Euro im Jahr 2000 über 73 Mrd. Euro im Jahr 2008 (auf dem Höhepunkt des Öl- und Gaspreises) und wieder zurück auf 50 Mrd. Euro im Jahr 2009 (Auswärtiges Amt 2010). In Russland hat die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahre 2009 dessen Strukturdefizite und dringlichen Reformbedarf deutlich gemacht. Nur wenige Länder wurden davon so stark wie Russland getroffen. So schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt um 7,9 Prozent und führte damit zum stärksten Einbruch seit über 15 Jahren. Grund dafür waren vor allem stark gesunkene Energiepreise und ein Rückgang der Öl- und Gasförderung, letztere mit minus 12 Prozent (Handelsblatt 2010, BGR 2010). Der Einbruch wird in Russland deshalb so ernst genommen, weil die Staatseinnahmen zu mehr als 60 Prozent aus dem Rohstoffsektor stammen. Zudem hat eine Diversifizierung in den letzten acht Wachstumsjahren nicht stattgefunden und die bestehende Industrie ist international wenig wettbewerbsfähig. Der aus Rohstoffeinnahmen mitfinanzierte Stabilitätsfond begann langsam zur

Neige zu gehen. Die Regierung fürchtet soziale Unruhen, da sie der wachsenden Arbeitslosigkeit nicht Herr wird (Meister 2010).

Aus diesen Gründen ist von Putin ein ernst zu nehmender Vorschlag, der für Überraschung sorgte, auf einem Führungstreffen Wirtschaft der Süddeutschen Zeitung Ende November 2010 in Berlin unterbreitet worden. Er schlägt eine Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Russland und der EU vor, die von Wladiwostok bis Lissabon reicht. Mit dem Vorschlag wird der Versuch unternommen, einen dauerhaft angelegten Weg aus der Krise zu finden. Im Gegensatz zu Bundeskanzlerin Merkel ist der Vorschlag von wichtigen Wirtschaftskreisen, die im Ostausschuss der deutschen Wirtschaft versammelt sind, einhellig begrüßt worden. Auffällig ist, dass der Vorschlag in den großen Medien sofort auf die Schaffung einer Freihandelszone verkürzt wurde, obwohl Putin dies nur als eine eventuelle Möglichkeit für die Zukunft angesprochen hatte. Auf diese Weise hat man sich einer ernsthaften Diskussion des Vorschlages entledigt, ihn als utopisch verwerfen können und sich dabei insgesamt billiger antirussischer Vorurteile bedient. Eine ernsthafte Diskussion sollte daher im Rahmen des neuen, derzeit in Arbeit befindlichen, Grundlagenabkommens zwischen der EU und Russland stattfinden. Es wäre lohnend, denn in Putins Darlegungen nahmen eine gemeinsame Industriepolitik, eine abgestimmte Energiepolitik, Wissenschafts- und Forschungspolitik sowie ein intensiverer akademischer Austausch breiten Raum ein. Dabei hob er hervor, das es nicht darum ginge, das alte Industriezeitalter wieder zu beleben, sondern das es um eine „hightech-durchdrungene Industrie des postindustriellen Zeitalters“ ginge. „Neue Produktionsstätten sollen schadstofffrei sein und hohe Umweltschutzstandards strikt befolgen. Generell gilt es, alles, was mit der Ökologie, der fürsorglichen Nutzung der Naturressourcen und der Kontrolle des Klimawandels zusammenhängt, im Fokus der Aufmerksamkeit zu behalten“. Das sind die Punkte, an denen in den Verhandlungen angeknüpft werden sollte und wo nicht nur auf Russland, sondern auch auf die EU noch große, ungelöste Aufgaben warten. Gemeinsam mit Russland könnte sie durch eine solche Kooperation eine wirksame globale Vorreiterrolle im Klimaschutz einnehmen (die begrenzten einseitigen Einflussmöglichkeiten sind bei den Klimakonferenzen in Kopenhagen und Cancun deutlich geworden) und auf diesem Wege auch die übrigen GUS-Staaten mitnehmen. Zusammen können beide einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, dass bis 2050 die mittlere Erderwärmung auf zwei Grad begrenzt bleibt. Im „post-industriellen Zeitalter“ liegt die Zukunft der Energieversorgung bei der Sonne und den erneuerbaren Energien: Kohle, Öl und Gas sind Dinosaurier, die das neu heraufziehende Industriezeitalter nicht mehr lange begleiten dürfen und können (s. Peak Oil, Peak Gas: beide werden bis Mitte des Jahrhunderts knapp). Dazu werden Russland wie die EU den Ressourcenverbrauch nicht nur drastisch effizienter handhaben müssen, wie in der neuen EU-Ressourcenpolitik vorgesehen, sondern auch absolut verringern müssen. Dies ist für die industrielle Praxis wie auch für Wissenschaft und Forschung beider Wirtschaftsräume eine große Herausforderung. So wird es beispielsweise besonders in der EU, aber auch in Russland nicht mehr darum gehen können, die Automobilproduktion noch weiter auszudehnen, Fahrzeugbestände immer mehr aufzublähen und kostbare Rohstoffe für deren Herstellung und Betrieb zu vergeuden. Fahrzeugbestände in der gleichen Größenordnung wie heute, nur mit Elektroantrieb, sind ein Placebo, keine Lösung für die Zukunft. Stattdessen sind intelligente, nutzeneffiziente Mobilitätsangebote zu schaffen, die ohne flächendeckende Nah- und Fernverkehrssysteme nicht auskommen werden.

Auch das ist eine Herausforderung, die sowohl technisch als auch finanziell besser gemeinsam bewältigt werden kann.

Im Zusammenhang mit dem Vorschlag für eine Wirtschaftsgemeinschaft wurde deutlich, dass Russland über den immer noch bestehenden Visumzwang mit der EU sehr verärgert ist.

Deutschland ist eines der Länder, das hier besonders bremst. Eine Abschaffung im Rahmen des neuen Grundlagenabkommens hätte viele positive Effekte, denn ein erleichterter Austausch in Bildung, Wissenschaft und Wirtschaft bringt Menschen zusammen und hilft mit, die Beziehungen zwischen den Völkern auf allen Gebieten zu verbessern. Um die Ausnutzung einer solchen Reiseerleichterung durch die organisierte Kriminalität zu verhindern wäre eine verstärkte Kooperation der Sicherheitsbehörden von Russland, der EU und ihrer Mitgliedsstaaten notwendig – was in sich wieder eine vertrauensbildende und konfliktvermindernde Maßnahme darstellt.

Die globale Krisenlage und die Tatsache, dass die EU mittlerweile Russlands wichtigster Handelspartner ist, verändern offenbar auch Zielsetzungen der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Darauf deutet zumindest die Gründung der „Östlichen Partnerschaft“ im Jahre 2009 hin. Durch sie sollen die Länder Armenien, Aserbeidschan, Georgien, Moldawien, die Ukraine und Weißrussland näher an die EU herangeführt werden. Hier geht es nicht darum, weitere Aufnahmen in die EU vorzubereiten – so will die EU beispielsweise die Ukraine keinesfalls aufnehmen – sondern vielmehr darum, durch unilaterale Ausweitung der „Spielregeln“ des EU-Binnenmarktes das Wirtschaftsmodell EU für die östlichen Nachbarn so verbindlich zu machen wie für die EFTA-Staaten Island, Schweiz und Norwegen, und so deren Märkte für EU-Produkte zu erschließen bzw. zu sichern. Auch Entspannung durch wirtschaftliche Integration spielt eine Rolle (ob das mit Armenien und Aserbeidschan klappt, ist eine andere Frage). Dieses Konzept stellt keine Bedrohung für Rußland dar, wohl aber eine Bevormundung, wenn die EU nicht auf Augenhöhe Kompromisse sucht, sondern das gemeinsame Recht der EU, den *Aquis Communautaire*, anderen überstülpen will.

5. Enge Zusammenarbeit statt Konfliktverschärfung

Schaut man sich die politische Landschaft an, dann können die EU wie Russland und die GUS nur davon profitieren, ein Gegengewicht zur Konzeption einer hegemonialen, militärbasierten Allianz unter US-Führung zu schaffen, das eine engere Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher wie politisch-konzeptioneller und nicht auf militärischer Grundlage vorsieht. Davon ist man aber immer noch weit entfernt. Zudem wird, wie oben gezeigt, eine völlig inkohärente Strategie sichtbar. Wirtschaftlich, insbesondere im Bereich der Energieversorgung, wollen einige Akteure mit Russland kooperieren, während andere statt eines strategischen, auf Vereinbarungen basierenden Verhältnisses eine von Wettbewerb geprägte Marktbeziehung anstreben. Politisch setzen einige auf Kooperation, andere eher auf Konfrontation, die einen um Spannungen zu vermeiden, die anderen um eine neuerliche Ausdehnung des russischen Macht- und Herrschaftsbereichs zu unterbinden (Umbach, 2004). Solch eine Politikmelange aus kooperieren und umzingeln, gekoppelt mit „Teilen und Herrschen“ schürt von vornherein Misstrauen. Es verkennt auch völlig die Situation in der ehemaligen Sowjetunion: während der Westen sich immer noch im Licht seines vermeintlichen Sieges im kalten Krieg sonnt empfinden sich die heutigen Eliten Russlands als die eigentlichen Sieger, die die sowjetische Stagnation überwunden und das Land wieder stabilisiert haben. Demutsgesten a la Jelzin kann

man weder erwarten, noch hat der Westen das Recht sie einzufordern. Behält er seine Siegerpose bei anstatt zu einer Kooperation „auf Augenhöhe“ überzugehen, so drohen statt fruchtbarer Kooperation nicht nur latente und offene Spannungen zwischen der EU und Russland, sondern es wird gleichzeitig die Gestaltung der Beziehungen Russlands zu seinen Nachbarn als ein langfristig angelegtes, kooperatives Miteinander erschwert. Stattdessen werden alte, kontraproduktive Strukturen des Ringens um Macht und Einfluss verstärkt.

Statt derart Konfliktverschärfung zu betreiben, ist es im Interesse Deutschlands und der EU, eine enge Zusammenarbeit zu suchen. Für Deutschland, weil Russland und die GUS nicht nur ein großer Markt, sondern auch der wichtigste Rohstofflieferant sind. Hier sollte die Politik die jüngste Studie der Bundeswehr über die Folgen der Ölverknappung ernst nehmen: sie warnt davor, dass in Zeiten des Mangels die Verteilung voraussichtlich nicht über Märkte erfolgen wird, sondern auf Basis bilateraler Vereinbarungen (Bundeswehr, 2010). Die Märkte werden nicht mehr in der Lage sein, ausreichende Ölmengen bereitzustellen und die Preise zu regulieren. Verträge werden deshalb dann zwischen Ressourcenbesitzern und Nachfragern ausgehandelt. China sichert so schon heute weltweit seinen zukünftigen Zugang zu Ressourcen. Und die Tatsache, dass 4/5 der Weltölreserven im Besitz von Staatsfirmen sind, macht das ausschließliche Vertrauen auf Wettbewerbsbeziehungen zu einem riskanten Unterfangen.

Für die EU ermöglicht die Kombination seines Kapitals und seiner Technik mit den Ressourcen und Märkten in Osteuropa eine für beide Seiten viel versprechende Partnerschaft. Insbesondere die Gasreserven Russlands, die zweitgrößten der Welt, und die ebenfalls erheblichen Reserven Kasachstans sind für eine Übergangsstrategie zu einer klimagerechten Energieversorgung attraktiv. Zudem zeigt die Erfahrung der EU, dass die wirtschaftliche Verflechtung bis hin zur gegenseitigen ökonomischen Abhängigkeit eine starke friedensstabilisierende Wirkung hat. Dieses Konzept der politischen Entspannung durch wirtschaftliche Kooperation gehört seit einem halben Jahrhundert zum gemeinsamen Erfahrungsschatz Westeuropas – den Bedenken der neuen Mitgliedsstaaten, die wie insbesondere Polen und die baltischen Staaten unter historischen Traumata leiden und denen die Erfahrung mit der konfliktverhindernden Wirkung der Kooperation fehlt, ist dabei durch einen geeigneten Rechtsrahmen Rechnung zu tragen. Kooperation schafft längerfristig bessere und entspanntere Voraussetzungen dafür, dass Russland seine Energienetze klimaschützend modernisiert und allen mittel- und zentralasiatischen Energieexporteuren zu fairen Konditionen öffnet. Das liegt bei einer angemessenen Kostenstruktur auch im russischen Interesse, denn wirtschaftlicher Aufschwung und soziale Wohlfahrt sind entscheidend dafür, dass die politischen Instabilitäten in dieser Großregion verringert werden können.

Zusammenarbeit schafft auch bessere Voraussetzungen dafür, dass Russland der Weg zu einer wirtschaftlichen, sozialen und demokratischen Entwicklung erleichtert wird und sich zugleich zwischen den Völkern Westeuropas und Russlands kein neuer Konfliktstoff aufhäuft. Eine externe Behinderung seiner selbst bestimmten Entwicklung wäre Gift für Russland, das nach dem Ende der Sowjetunion nicht nur mit großen sozialen und wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hat, sondern zugleich mit dem Trauma riesiger Gebiets- und Machtverluste konfrontiert ist und zudem von separatistischen Bewegungen erschüttert wird, die diese Traumata immer wieder reaktualisieren. Hinzu kommt die Tradition einer hierarchisch organisierten politischen und ökonomischen Führung, die dazu geführt hat, dass Russland immer wieder – wie seine lange Geschichte zeigt – gerade nach innen auf autoritäre, polizeistaatliche Lösun-

gen bei auftauchenden Problemen setzt. Die politische Macht kann hier auf tradierte Grundstimmungen weiter Teile der russischen Bevölkerung bauen, die insbesondere angesichts schwieriger und unsicherer Verhältnisse fortlaufend neue Nahrung finden. Der inzwischen mit längeren Unterbrechungen über 150 Jahre währende, immer wieder blutige Tschetschenienkonflikt ist dafür ein trauriges und bedrückendes Beispiel. Solche Entwicklungen muss eine Politik der Kooperation und Entspannung verhindern, gerade auch mit Blick auf die neuen EU-Mitgliedstaaten und ihre lange und schwierige Geschichte mit Russland, sowie der friedlichen Gestaltung der gemeinsamen Grenze, nicht nur um die der EU-Enklave Kaliningrad herum.

Vor diesem Hintergrund setzt eine gemeinsame Sicherheitspolitik auf den Abbau politisch-strategischer Konfliktpotentiale und militärischer Rivalitäten. Und sie muss – wie schon die KSZE-Schlussakte von Helsinki – diese Aspekte mit solchen der Kooperation in den Bereichen Umwelt, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft sowie soziale und bürgerliche Menschenrechte verzahnen. Auf diese Weise wird ein erweiterter Sicherheitsbegriff praktisch umgesetzt, der den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts eher angemessen ist als das Denken in geopolitischen Kategorien des 19. Jahrhunderts. Eine wirtschaftliche Verflechtung, die gegenseitige Abhängigkeiten konstituiert und damit radikale Konfrontationen von Wirtschaftskriegen bis hin zu militärischen Konflikten unmöglich macht, bildet eine verlässliche Grundlage für eine solche umfassende Kooperation. Voraussetzung ist allerdings ein Wille zur Kooperation, der auch eine entsprechende und kohärente Politikgestaltung zur Folge hat. Es geht um nichts weniger als in Europa und dem ganzen eurasischen Kontinent von Lissabon bis Wladiwostok auf Grundlage der OSZE eine neue, dauerhafte und gemeinsame Friedens- und Sicherheitsordnung zu schaffen.

Literatur

1. Klein, Margarete: Medwedews Vorschlag für einen euroatlantischen Sicherheitsvertrag, in: russland-analysen Nr. 193, S. 2, 2009;
2. Wolkowa, Irina: OSZE hart an der Existenzgrenze – langes Ringen ums Abschlussdokument, in: <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Europa/osze7.html>;
3. Neu, Alexander: Das neue Konzept der NATO, in: <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/NATO/strat/neu.html>
4. Ehlers, Kai: “Reset” im “Great game”? Vom Kaukasus-Krieg zum „Northern Distribution Network“ – Anmerkungen zur Annäherung zwischen NATO und Rußland, in: <http://kai-ehlers.de/texte/basisthemen/2010-11-04-%E2%80%9Ereset%E2%80%9C-im-%E2%80%9Egreat-game%E2%80%9C-vom-kaukasuskrieg-zum-%E2%80%9Enorthern-distribution-network%E2%80%9C%E2%80%93-anmerkungen-zur-annaherung-zwischen-nato-und-russland/>;
5. Meister, Stefan: Zentralasien – eine Region von strategischer Bedeutung zwischen Russland, China und der Europäischen Union, 12.02.2010, in: http://ausenpolitik.net/themen/eurasien/zentralasien/zentralasien-eine_region_von_strategischer_bedeutung_zwischen_russland-china_und_der_europaischen_union/;

6. Bimboes, Detlef: Nordeuropa zwischen Konflikt und Kooperation mit Russland - Die Ostseepipeline, das Erdgas in der Barentssee und die Angst vor Russland; in: <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/oel/bimboes2.html>;
7. EurActiv.de: South Stream – ein pan-europäisches Projekt?, Beitrag vom 08.10.2010, in: <http://www.euractiv.de/energie-klima-und-umwelt/artikel/south-stream---ein-pan-europaisches-projekt-003752>,
8. Spangenberg, Joachim: Environmental Policy 10 Years after the CSCE-Treaty, in: STETE (Ed), CSCE-Treaty 10 Years, S. 38 – 47, Helsinki 1986;
9. Handelsblatt: Russland hat schweres Rezessionsjahr hinter sich, Beitrag vom 01.02.2010, in: <http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur-nachrichten/bip-rueckgang-russland-hat-schweres-rezessionsjahr-hinter-sich;2522719>;
10. BGR : Reserven, Ressourcen und Verfügbarkeit von Energierohstoffen, Kurzstudie, Hannover 2010;
11. Auswärtiges Amt: Die EU und Russland, Länderinformationen, Stand 01.12.2010;
12. Meister, Stefan (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik): EU-Russland: Zusammenrücken in der Krise, Interview vom 31.05.2010 mit EurActiv.de; in: <http://www.euractiv.de/zukunft-und-reformen/artikel/eu---russland-zusammenruecken-in-der-krise-003175>;
13. Umbach, Frank: Security Partnership and Strategic Energy Resources, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin, Januar 2004;
14. Zentrum für Transformation der Bundeswehr: PEAK OIL-Sicherheitspolitische Implikationen knapper Ressourcen, Straußberg, Juli 2010.

Verfasser:

1. Dr. Detlef Bimboes, Diplombiologe, geb. 1946, lebt in Berlin;
2. Dr. Joachim H. Spangenberg, Diplombiologe, Ökologe und Volkswirt, geb. 1955, lebt und arbeitet in Köln.

Veröffentlichung: in Neue Rheinische Zeitung (NRhZ) als Dreiteiler unter Online Flyer Nr. 286 vom 26.01.2011, Online Flyer Nr. 287 vom 02.02.2011 und Online Flyer Nr. 288 vom 09.02.2011